

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Rates** der Stadt Burgdorf am **07.07.2022** im Veranstaltungszentrum StadtHaus, Sorgenser Str. 31, 31303 Burgdorf

19.WP/Rat/007

Beginn öffentlicher Teil: 18:02 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:38 Uhr

Anwesend: **Ratsvorsitzende**

Meinig, Birgit

Bürgermeister

Pollehn, Armin

1. stellv. Bürgermeister

Hinz, Arne

2. stellv. Bürgermeisterin

Neitzel, Beate

Ratsherren/-frauen

Apel, Robert

Bierkamp, Dirk

Braun, Hartmut

Braun, Jens

Buhndorf, Andrea

Degro, Johanna

Dreeskornfeld, Thomas

Fleischmann, Michael

Gawlik, Mario

Gersemann, Christiane

Heller, Simone

Hinz, Gerald

Höfner, Joachim
Kaever, Volkhard, Dr.
Kicza, Tanja
Köneke, Klaus
Nijenhof, Rüdiger
Palandt, Jens
Paul, Matthias
Paul, Susanne
Schweer, Cord-Heinrich
Sieke, Oliver
Thieleking, Ariane
Thöner, Dagmar
Voß, Gabriele
Wendt, Jörgen

Verwaltung

Kattler, Sebastian
Kugel, Michael
Raue, Nicole
Vierke, Silke

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 16.06.2022
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Verzicht des Ratsmitgliedes Timo Zapf auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0231

5. Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0191
- 5.1. Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0191/1
- 5.2. Abschluss eines Statuts zwischen der Stadt Burgdorf und dem Seniorenrat
Vorlage: BV 2022 0191/2
6. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2022
Vorlage: BV 2022 0129
7. Teilnahme an dem Programm Kinderfreundliche Kommunen e.V.
Vorlage: BV 2022 0230
8. Spritzen- und Kühlhaus in Otze
Vorlage: BV 2022 0157
9. Unterbringung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen - Entgelt- und Benutzungsordnung für die Gemeinschaftsunterkunft "Am Kieswerk 2" (Sorgenser Dreieck) - vertagt
Vorlage: BV 2022 0227
- 9.1. Unterbringung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen - Entgelt- und Benutzungsordnung für die Gemeinschaftsunterkunft "Am Kieswerk 2" (Sorgenser Dreieck) - vertagt
Vorlage: BV 2022 0227/1
10. Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges - Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion
Vorlage: A 2022 0222
11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Frau Meinig eröffnete die Sitzung um 18:02 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie teilte mit, dass sich Frau Baumgarten, Herr Dr. Vehling und Herr Zapf entschuldigt hätten. Von Seiten der Verwaltung bestünde die Empfehlung, die Tagesordnung um die Vorlage

- 5.2) Abschluss eines Statuts zwischen der Stadt Burgdorf und dem Seniorenrat

Vorlage: BV 2022 0191/2

zu ergänzen.

Hinsichtlich der Tagesordnungspunkte

9 und 9.1) Unterbringung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen - Entgelt- und Benutzungsordnung für die Gemeinschaftsunterkunft "Am Kieswerk 2" (Sorgenser Dreieck)
Vorlage: BV 2022 0227 und BV 2022 0227/1

bestünde die Empfehlung, diese von der Tagesordnung abzusetzen. Der Verwaltungsausschuss habe sich dafür ausgesprochen, die Entgelt- und Benutzungsordnung in den Fachausschuss zur erneuten Beratung zu überweisen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 16.06.2022

Der Rat fasste bei 28 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das Protokoll der Ratssitzung vom 16.06.2022 wird genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Es gab keine Mitteilungen.

**4. Verzicht des Ratsmitgliedes Timo Zapf auf seine Mitgliedschaft im Rat der Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0231**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzungen zur Beendigung der Mitgliedschaft des Ratsmitgliedes Timo Zapf im Rat der Stadt Burgdorf nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG vorliegen.

**5. Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Burgdorf
Vorlage: BV 2022 0191**

- Die Tagesordnungspunkte 5 bis 5.2 wurden gemeinsam beraten.
- 5.1. Gründung eines Seniorenbeirates für die Stadt Burgdorf**
Vorlage: BV 2022 0191/1
-

Die Tagesordnungspunkte 5 bis 5.2 wurden gemeinsam beraten.

- 5.2. Abschluss eines Statuts zwischen der Stadt Burgdorf und dem Seniorenrat**
Vorlage: BV 2022 0191/2
-

Herr Nijenhof kritisierte die vorgeschlagene Änderung der Beschlussvorlage. Aus seiner Sicht führe diese zu einer unklaren Regelung. Er plädierte dafür, die Ursprungsfassung beizubehalten.

Herr G. Hinz erklärte, dass der Seniorenrat um eine Änderung der Beschlussvorlage gebeten habe. Dem Seniorenrat sei es wichtig gewesen, keine Rechenschaft für ihre Arbeit ablegen zu müssen. Die vorgeschlagene Änderung stelle klar heraus, dass der Seniorenrat nur über dessen Finanzen Rechenschaft ablegen müsse.

Herr Fleischmann teilte mit, dass für die Fraktion Die Linke die Formulierung nicht entscheidend sei und die Fraktion grundsätzlich den Beschluss mittrage. Vielmehr wünsche sich die Fraktion die Einrichtung eines Seniorenbeirats.

Herr Gawlik erklärte, dass die FDP-Fraktion beiden Formulierungsvorschlägen zustimmen werde. Eine entsprechende Diskussion halte er für nicht zielführend. Vielmehr solle der Rat die aktuelle Wahlperiode dafür nutzen, um festzulegen, wie der Seniorenrat zukünftig vertreten werden soll. **Herr Gawlik** lobte die Verwaltung für das Einbeziehen aller Bevölkerungsgruppen in relevante Diskussionen der Stadtgestaltung. Er wünsche sich, dass auch der Jugend mehr Gehör, beispielsweise durch die Einrichtung eines Jugendparlamentes, verschafft würde.

Herr Köneke äußerte seine Verwunderung über die Diskussion um den Seniorenrat. Seiner Meinung nach seien die Senioren bisher gut vertreten, und eine Diskussion deshalb unnötig. Die kurzfristige Änderung der Beschlussvorlage nach vorheriger ausgiebiger Diskussion sei ebenso wenig sinnvoll. Gleiches gelte für die Erweiterung der Ausschüsse mit nichtgewählten Vertretern.

Herr Nijenhof setzte sich dafür ein, keine Einzelabstimmung der beiden Beschlussvorlagen vorzunehmen, sondern bat um eine einstimmige Zustimmung für den Änderungsbeschluss. Er plädierte ebenfalls für die Einrichtung einer Jugendvertretung.

Der Rat fasste bei 28 Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

**§ 2 Absatz 3 Satz 1 des Statuts erhält folgende Fassung:
Der Seniorenrat weist in geeigneter Form die Verwendung der Budgetmittel gegenüber der Verwaltung nach.**

Herr Nijenhof bat darum, grundsätzlich über den Beschluss der Verabschiedung eines Statuts zwischen der Stadt Burgdorf und dem

Seniorenrat abstimmen zu lassen.

Frau Meinig ließ über den Beschluss der Verabschiedung eines Statuts zwischen der Stadt Burgdorf und dem Seniorenrat abstimmen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Das der Vorlage beigefügte Statut zwischen der Stadt Burgdorf und dem Seniorenrat der Stadt Burgdorf wird mit der bereits abgestimmten Änderung beschlossen.

Frau Meinig, Herr Kuchenbecker und **Herr Pollehn** unterzeichneten das Statut.

Herr Kuchenbecker dankte der Verwaltung, insbesondere Frau Vierke und Frau Raue für die Begleitung bei der Statuentwicklung und dem Rat für die Beschlussfassung. Er entschuldigte sich für die eingetretenen Irritationen im Rahmen des Änderungsbeschlusses.

**6. Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2022
Vorlage: BV 2022 0129**

Frau Gersemann dankte der Verwaltung für die aussagekräftige Ausarbeitung der Bedarfsplanung. Die fehlenden Kita-Plätze seien eine alarmierende Botschaft. Der Fachkräftemangel, Corona und die Belastung der Kita-Kräfte seien nachvollziehbare Gründe für die angespannte Lage in den Einrichtungen. Dennoch brauche es Lösungen. Auch die negative Darstellung in der Öffentlichkeit, wie beispielsweise die symbolische Beerdigung einer Kita im vergangenen Jahr, seien nicht förderlich. Zudem fehle es an einer geeigneten Software für die Kita-Platzvergabe, die mehr Transparenz bei der Platzvergabe schaffe. Es gelte, interne Abläufe zu verbessern und Gespräche mit Mitarbeiter*innen zu führen sowie eine angemessene Gesprächskultur zu entwickeln. All das sei Aufgabe des Bürgermeisters.

Herr Nijenhof erklärte, dass die Bedarfsplanung eigentlich Formsache sei. Er kritisierte den auf Seite 18 der Bedarfsplanung prognostizierten Überhang an Plätzen als irreführend. **Herr Nijenhof** verwies auf die negative Entwicklung fehlender Kita-Plätze in den vergangenen Jahren. Er kritisierte, dass eine Software für die Kita-Platzvergabe nicht zeitgleich mit der Einführung der Punktevergabe eingeführt wurde. Die Ausbildung Sozialassistent*innen sei notwendig. Es müsse jedoch weit mehr zur Verbesserung der aktuellen Situation getan werden.

Herr Pollehn erklärte, dass die Struktur angepasst werden müsse. Die Verwaltung setze sich kontinuierlich dafür ein, mehr Kita-Personal zu gewinnen. Diese Bemühung würden weiter ausgebaut. Er nehme die in den Wortbeiträgen geäußerten Anregungen mit und setze sich für eine schnelle Umsetzung eines transparenten Vergabeverfahrens ein. **Herr Pollehn** verwies darauf, dass den Erzieher*innen aufgrund der tariflichen Vorgaben kein höheres Gehalt gezahlt werden könne. Künftig würde die Verwaltung den Rat mehr über die städtischen Maßnahmen im Kita-Bereich informieren.

Herr Köneke verwies auf die 90-prozentige Sicherstellung der Krippenbetreuung, den enormen Anstieg der Geburtenrate in Burgdorf im Vergleich zu den Umlandkommunen, die Ausweitung der Betreuungszeiten, die Verlängerung der Betreuung für die sogenannten „Flexkinder“ um drei Monate sowie die gesetzlichen Regelungen des Landes. Diese Aspekte seien bei der Bewertung der fehlenden Kita-Plätze zu beachten. Aus diesem Grund könne er die harte Kritik an der Verwaltung nicht nachvollziehen. Zudem sei der von Herrn Nijenhof erwähnte prognostizierte Überhang an Plätzen positiv zu bewerten. Im Namen der CDU-Fraktion dankte **Herr Köneke** der Verwaltung für ihren Einsatz.

Herr Nijenhof verwies auf die Berufstätigkeit oftmals beider Elternteile. Diese erfordere ein schnelles Handeln der Verwaltung.

Frau Paul erklärte, dass die geäußerte Kritik kein Rundumschlag gegen die Verwaltung sei. Aus ihrer Sicht mangle es der Verwaltung an der erforderlichen Haltung, um sich aktiver im Wettbewerb zur Gewinnung von um Fachkräften einzusetzen.

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

In Fortschreibung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege in der Stadt Burgdorf 2020/2021 (Vorlage BV 2020 1435) werden das vorhandene Angebot an Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegeplätzen sowie der Bedarf und der weitere erforderliche Ausbau gem. den Anlagen zu dieser Vorlage festgestellt.

Die im Entwurf der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege 2022 aufgeführten Maßnahmen werden beschlossen.

Eine Ausfertigung der Bedarfsplanung für die Kindertageseinrichtungen und die Kindertagespflege 2022 wird zum Bestandteil des Originalprotokolls erklärt.

7. Teilnahme an dem Programm Kinderfreundliche Kommunen e.V. Vorlage: BV 2022 0230

Frau Gersemann verwies auf die fehlende Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Sie zeigte auf, dass die Wahrnehmung der Kinderrechte, beispielsweise Teilhabe, das Recht auf eine eigene Meinung und Partizipation in den Kindertagesstätten, bedeute. Kinderrechte müssten von Anfang an gestärkt werden, um Kinderarmut und Gewalterfahrungen von Kindern entgegenzuwirken und gleiche Bildungschancen zu eröffnen.

Herr Fleischmann erklärte, dass die Fraktion Die Linke das Programm unterstütze.

Herr H. Braun teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Programm ebenfalls zustimmen werde. Er forderte eine frühere Beteiligung der Jugendlichen, wie sie bereits von Herrn Gawlik angeregt worden sei.

Frau Meinig verwies auf die Infoveranstaltung der Stadtjugendpflege und des Familienservicebüros. Dort sei von der Gemeinde Wedemark gut verdeutlicht

worden, was alles zur Entwicklung als Kinderfreundliche Kommune getan werde müsse.

Der Rat fasste 29 Ja- Stimmen einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf nimmt an dem Programm Kinderfreundliche Kommunen e.V. teil.

Die Haushaltsmittel werden über die Haushalte der Folgejahre bereitgestellt.

**8. Spritzen- und Kühlhaus in Otze
Vorlage: BV 2022 0157**

Der Rat fasste einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Stadt Burgdorf überträgt dem „Otzer Vereine und Verbände e.V.“ das Spritzen- und das Kühlhaus in Otze zum symbolischen Wert von 1 €.

Für die Sanierung in Eigenleistung wird – vorbehaltlich der Bereitstellung der Haushaltsmittel im 1. Nachtragshaushalt 2022 – ein Zuschuss in Höhe von 50.000 € an den „Otzer Vereine und Verbände e.V.“ ausgezahlt.

**9. Unterbringung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen - Entgelt- und Benutzungsordnung für die Gemeinschaftsunterkunft "Am Kieswerk 2" (Sorgenser Dreieck) - vertagt
Vorlage: BV 2022 0227**

**9.1. Unterbringung von ukrainischen Kriegsflüchtlingen - Entgelt- und Benutzungsordnung für die Gemeinschaftsunterkunft "Am Kieswerk 2" (Sorgenser Dreieck) - vertagt
Vorlage: BV 2022 0227/1**

**10. Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges - Antrag gem. Geschäftsordnung der FDP-Fraktion
Vorlage: A 2022 0222**

Herr Gawlik stellte den Antrag vor. Der Antrag beziehe sich auf eine bereits beschlossene Maßnahme im Rahmen des Stadtentwicklungsprogrammes ISEK. Nun gelte es für die Umsetzung der Maßnahme Haushaltsmittel bereitzustellen. Eine sichere Verbindung für Radfahrer*innen zwischen Heeßel und Schillerslage sei gerade hinsichtlich der notwendigen Verkehrswende

erforderlich. Bisher sei kein Radweg zwischen Heeßel und Schillerslage vorhanden. Das hohe Verkehrsaufkommen in dem Bereich erfordere dies jedoch. Auch in Betracht des bevorstehenden Ausbaus des Radweges zwischen Schillerslage und Oldhorst und die sich daraus verändernden Verkehrsflüsse sei die Anpassung der Verkehrsinfrastruktur erforderlich.

Frau Meinig fragte Herrn Gawlik, ob der Antrag in den Ortsrat Schillerslage überweisen werden solle.

Herr Gawlik verneinte dies und bat um eine Überweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr.

Herr Nijenhof schlug eine Überweisung in den Ortsrat vor. Auf Grundlage der Zustimmung im Ortsrat für die Einrichtung der Brücke, könne anschließend die Diskussion im Ausschuss geführt werden.

Herr Apel verwies darauf, dass der Ortsrat bereits involviert worden sei und Gespräche mit dem Ortsbürgermeister Herrn Reißer geführt worden seien.

Herr Fleischmann erklärte, dass die Radverkehrsförderung eine allgemeine Angelegenheit aller Burgdorfer*innen sei und plädierte deshalb für eine Überweisung in den Ausschuss.

Herr G. Hinz erläuterte, dass eine Information an den Ortsbürgermeister nicht ausreiche, sondern die Meinung des gesamten Orsrates als Diskussionsgrundlage für den Ausschuss eingeholt werden müsse.

Herr Gawlik führte aus, dass der Antrag bereits im Ortsrat eingebracht wurde und dort abgelehnt worden sei. Dies sei vornehmlich aus Sorge davor geschehen, dass nach Bau der Brücke Unrat von Mensch und Tier auf die anliegenden Felder fallen könne. Er sehe den Rat als entscheidendes Gremium für Infrastrukturmaßnahmen verantwortlich.

Der Rat fasste bei 26 Ja-Stimmen und vier Nein-Stimmen folgenden

Beschluss

Der Antrag A 2022 0222 „Neubau einer Brücke über die Bundesstraße 188 neu in Verlängerung des Ahrbergenweges“ der FDP-Fraktion wird in den Ortsrat Schillerslage und anschließend in den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Liegenschaften und Verkehr überwiesen.

11. Anfragen gemäß Geschäftsordnung

Es gab keine Anfragen.

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner stellte die Frage, ob es nicht möglich sei, Bewerbern Vergünstigungen, wie beispielsweise einen kostenlosen Hallenbadeintritt anzubieten.

Herr Pollehn erklärte, dass diese Vorgehensweise nicht gesetzeskonform

sei.

Ein Einwohner fragte die Ratsmitglieder, warum diese sich nicht vehementer für die Einrichtung einer Jugendvertretung einsetzen würden. Den Mangel an Kita-Plätzen könne die Verwaltung und der Bürgermeister nicht alleine beheben. Dieses Problem ließe sich nur mittelfristig lösen. **Der Einwohner** wollte von den Ratsmitgliedern wissen, warum diese nicht ihre politischen Kontakte dafür nutzen, um sich auf Landesebene für eine attraktivere Ausbildung und Bezahlung von Erzieher*innen einzusetzen.

Herr Pollehn wies darauf hin, dass Herr Gohla bereits Maßnahmen zur besseren Einbindung der Jugendlichen wie die Einrichtung eines Jugendparlamentes umsetzte. Gleichwohl habe Corona dazu geführt, dass die Umsetzung sich verzögere, da die Jugendlichen erst wieder zurückgewonnen werden müssten. Die sozialen Medien seien für die Ansprache der Jugendlichen immer wichtiger.

Herr Nijenhof verwies auf die gute Jugendarbeit. Das bisher nicht vorhandene Budget für die Jugendarbeit solle im Haushalt eingepreist werden. Die Einrichtung eines Jugendparlamentes sei wichtig, um Druck auf die Ratsmitglieder auszuüben.

Herr Gawlik erklärte, dass er nach dem Ratsbeschluss zur Einrichtung eines Jugendparlamentes in 2017 bereits Kontakt zu Jugendlichen aufgenommen habe. Diese seien aber bisher nicht von der Stadtjugendpflege angesprochen worden. Die FDP-Landesfraktion setze sich bereits für die Verbesserung der Ausbildungssituation und des Gehaltes von Erzieher*innen ein, habe aber politisch keinen Einfluss auf die Landesregierung.

Herr Fleischmann machte deutlich, dass die Linke-Landesfraktion ebenfalls zu wenig Einflussmöglichkeiten auf Landesebene habe, der Einsatz für Jugendliche aber wichtig sei.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzende

Protokollführer